Opłacono ryczałtowo. Einzelpreis 0,50 zł. bezw. 0,25 Gmk

Wirtschaftskorrespondenz für POLEN

Anzeigenannahme für Deutschland: Kurt Walde, Breslau I.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Bezugspreis in Polen 4 Złoty, im Ausland 2,00 Goldmk monatlich ausschliesslich Bestellgeld, freibleibend. Redaktion, Verlag und Administr. Katowice, M. Piłsudskiego 27 Telefon 168, 1998.

Anzeigenpreise nach festem Tarif. Bei jeder Beitreibung und bei Konkursen fällt jegliche Rabatt fort. Erfüllungsort: Katowice, Wojewodschaft Schlesien. Bankverbindung: Diskontogesellschaft Katowice und Beuthen P. K. O. Nr. 304238 Katowice

Chefredakteur: Dr. Franz Goldstein, Katowice

Jahrg. VI Katowice, am 9. Februar 1929 Nr. 8

Polnisch-deutsche Kundgebungen

Wie wir erfahren, finden Anfang März auf Veranlassung der deutschen und der polnischen Liga für Menschenrechte gemeinsame polnisch-deutsche Versammlungen in folgenden Städten statt: Warszawa, Poznań, Katowice, Beuthen, Schneidemühl, Königsberg und Berlin. Redner von polnischer Seite werden sein der sozialdemokratische Abgeordnete Pragier und der bürgerlich-radikale Führer Thugutt, von deutscher Seite Dr. Kuczynski und wahrscheinlich General v. Schöneich.

Generalstreik?

Auf der am 6. Februar abgehaltenen Konferenz der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitergewerkschaften wurde endgültig beschlossen, den Generalstreik in sämtlichen Kohlenrevieren am 11. Februar zu beginnen. Eine Aenderung dieses Beschlusses dürfte auf der am Sonntag stattfindenden Betriebsrätekonferenz angeblich kaum eintreten.

Der drohende Streik in Oberschlesien war gleichfalls am 6. d. Mts. Gegenstand der Beratungen des Ministerrats. Hierbei wurde festgestellt, dass die Kündigung des Tarifvertrages im Bergbau durch die Arbeitsgemeinschaft der Entscheidung der Schiedskommission vom 20. September 1928 entgegenarbeite. Diese Entscheidung erhielt nämlich damals auf Antrag der Arbeitsgemeinschaft Geltungskraft. Die Verletzung des Abkommens schafft daher eine besonders schwierige Situation für die Zukunft.

Die Konferenz äusserte ihren Standpunkt dahingehend, dass im Falle einer mit der Entscheidung übereinstimmenden, fristgemässen Kündigung des Tarifabkommens, sowie im Falle einer Verständigung zwischen den Parteien die Erledigung des Streikfalles nach dem 17. März einer Schiedskommission übertragen werden solle. Die Kommission wird die Möglichkeit einer Erhöhung der Arbeiterlöhne im Bergbau in den entsprechenden Grenzen erwähnen und zwar nach Berücksichtigung der Ergebnisse der Arbeiten einer von der Regierung in die Kohlenreviere entsandten Kommission. Das durch das Gesetz vorgesehene Schiedsverfahren wird in keinem Falle ohne Rücksicht auf solche oder andere Bemühungen vor dem 17. März aufgenommen werden. Es könne also auch alle anderen Versuche in dieser Richtung den Standpunkt des Ministerrats in nichts ändern.

Auf der Konferenz wurden gleichzeitig die Massnahmen besprochen, die im Falle eines Streiks im Kohlenbezirk zwecks Sicherstellung genügender Kohlenvorräte für die Eisenbahn, Städte, Industrie und den Privatverbrauch zu ergreifen wären.

In 12-ter Stunde sollen, wie wir erfahren, noch Einigungsbestrebungen unter dem Vorsitz des Wojewoden Dr. G r a ż y ń s k i im Gange sein.

*

Ohne dass wir die Schuldfrage und die Hintergründe hier erörtern möchten, was ohne genaue Kenntnis des gesamten Materials auch kaum möglich sein dürfte, sind beide Parteien vor den nicht absehbaren Folgen eines Streiks dringend zu warnen. E s d r o h t n i c h t n u r d e r V e r l u s t m ü h s e l i g e r o b e r t e r M ä r k t e, vor allem in Skandinavien. Wenn der Streik auch nur 2 bis 3 Wochen andauern sollte, besteht G e f a h r, d a s s H u n d e r t e v o n E x i s t e n z e n, b e s o n d e r s i n O b e r s c h l e s i e n, z u s a m m e n b r e c h e n. D e r g a n z e S t a a t s h a u s h a l t k ö n n t e e r s c h ü t t e r t w e r d e n, da ein Kohlenstreik in Oberschlesien nicht mit irgend einem Transportarbeiter-, Textil- oder anderen Streik zu vergleichen ist, und auch die möglichen p o l i t i s c h e n Auswirkungen scheinen unabsehbar.

Entwurf eines Zolltarifs und einer Verordnung über das Zollverfahren

In einem früheren Artikel befassten wir uns mit dem Entwurf der neuen Z o l l n o m e n k l a t u r. Eine weit grössere Bedeutung als die Zollnomenklatur besitzen die Vorschriften betr. das Z o l l v e r f a h r e n.

Wir besitzen bis zum heutigen Tage kein einheitliches Zollrecht. Wir übernahmen nämlich die früheren in den einzelnen Teilgebieten geltenden Zollgesetze, die wir durch die Verordnung über den Zolltarif vom 11. Juni 1920 Dz. U. R. Nr. 51, Pos. 314, durch die Verordnung über das Zollverfahren vom 13. September 1920 Dz. U. R. P. Nr. 11, Pos. 60, sowie durch eine ganze Reihe von Rundschreiben, die durch das Finanzministerium erlassen wurden, ergänzt hatten.

In diesem ungeordneten Material findet sich selbst ein Zollbeamter nicht zurecht, wobei wir die vielen Zoll-, bezw. Tarifentscheidungen ausser Acht lassen.

Es ist also unbedingt notwendig, all diese Vorschriften zusammenzufassen, und was noch wichtiger ist, die veralteten durch neue, dem derzeitigen Geist und den veränderten wirtschaflichen Verhältnissen entsprechende Vorschriften zu ersetzen.

Diese Umstände veranlassten das Finanzministerium zur Ausarbeitung zweier Entwürfe, eines betreffend den Zolltarif, des anderen über das Zollverfahren. Der erste Entwurf enthält 14, der zweite 117 Artikel. Es ist nicht möglich, hier alle Vorschriften dieser Entwürfe genau zu erörtern. Wir beschränken uns daher nur auf diejenigen Vorschriften, die für jeden Kaufmann von Bedeutung sind.

Unterwerfen wir diese beiden Entwürfe als Ganzes einer Beurteilung, so müssen wir feststellen, dass sie nur eine der genannten Aufgaben erfüllen. Sie fassen die Zollvorschriften, sowie Rundschreiben zusammen, erfüllen jedoch nicht die zweite, weit wichtigere Aufgabe, die in der Anpassung der Zollvorschriften an die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens liegt. Der überwiegende Teil der veralterten Zollvorschriften, die aus der Vorkriegszeit stammen, ist in die Entwürfe mit aufgenommen worden.

So unterlag die Frage der Z o l l n a c h z a h l u n g e n keiner wesentlichen Aenderung. Diese Angelegenheit behandelten wir seinerzeit eingehend. Auf Grund der bestehenden Vorschriften sind die Zollämter zur Erhebung eines Nachzolles innerhalb eines Jahres nach der Verzollung berechtigt. Wir erinnern nochmals an die gewaltigen Verluste, die die Kaufmannschaft infolge Bestehens dieser Vorschrift erlitten hat, und die sie später nicht mehr decken, bezw. in die Waren nicht mehr einkalkulieren konnte, da diese schon längst verkauft und verbraucht waren. Mit Rücksicht hierauf hat man angenommen, dass der neue Entwurf eine Aenderung in dieser Richtung bringen werde.

Es sind leider keine grundsätzlichen Aenderungen eingeführt. Die Jahresfrist zur Erhebung von Zollnachzahlungen ist weiter aufrecht erhalten worden mit dem Unterschiede nur, dass der Entwurf im Artikel 103 nicht nur Irrtümer rechnerischer Art, sonden auch solche aus der Anwendung des Zolltarifs berücksichtigt.

Die Lösung dieser Frage kann man keinesfalls im Artikel 106 erblicken, dem entsprechend das Zollamt den Beamten, der den Irrtum verursacht hat, zur vermögensrechtlichen Verantwortung heranziehen kann Dies kann nämlich nur unter der Bedingung eintreten, dass 1.) der Beweis erbracht wird, dass das Zolldefizit schuldhalft oder fahrlässig durch den betreffenden Zollbeamten hervorgerufen ist und 2.), sofern die nachträglich veranlagte Zahlung sich aus dem Vermögen oder den Einnahmen des Kaufmanns nicht einziehen lässt. Der Zollbeamte haftet insoweit nur subsidiär. Was die Schuld betrifft, so unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, dass jener allein die Schuld trägt, da das Zollamt den Zoll berechnet und daher den Irrtum nur hervorrufen kann.

Stellt man sich trotz alledem auf den Standpunkt, dass der Kaufmann haftbar sei, so kann die Frist, innerhalb welcher der Anspruch geltend gemacht werden kann, keinesfalls ein ganzes Jahr betragen, da niemand die Ware ein ganzes Jahr lagern lässt. Einen nachträglichen Zoll kann der Kaufmann aber nur dann und so lange in die Ware einkalkulieren, bis er sie nicht an den Konsumenten weitergegeben hat. Im anderen Falle erleidet er einen Verlust, den er aus eigenen Mitteln decken muss Dieser Zeitraum dürfte drei oder höchstens sechs Monate betragen. Das ist das erste Moment, das es eigentlich mit sich bringt, dass der Kaufmann niemals weiss, wie hoch der Zoll ist. Der Entwurf sieht aber ausser dem eigentlichen Zoll noch andere nachträgliche Belastungen, die in der Tat den Zoll erhöhen, vor, die obwohl sie im Grunde genommen mit dem Zoll nichts Gemeinsames haben, als ein versteckter Zoll betrachtet werden müssen. Es ist bekannt, dass der Zoll sehr hoch ist und in vielen Fällen mehr ausmacht, als die Ware selbst. Ausser dem Zoll sind aber noch sogenannte M a n i p u l a t i o n s- und A k z i d e n z g e b ü h r e n vorgesehen. Sie bestehen auch heute und betragen bei Eisenbahnsendungen 5 Proz., bei Postsendungen sogar bis 15 Proz., mindestens aber 50 Gr. von jedem Paket, was die Ware erheblich verteuert. Bei Warensendungen, die in Paketen versandt werden müssen, und bei denen des Gewicht der Ware und deren Wert verhältnismässig gering ist, überschreiten die Manipulationsgebühren oft sogar den Zoll. Die Höhe der Manipulationsgebühren ist im Entwurf noch nicht festgesetzt, was im Wege einer Verordnung erfolgen soll.

Unseres Erachtens nach sind die Manipulationsgebühren überhaupt unbegründet. Bei einem so hohen Zoll stellt sich die Erhebung einer Manipulationsgebühr als ein versteckter Zoll dar. In jedem Falle aber dürfte, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, dass die Manipulationsgebühren ein Aequivalent für die Zolltätigkeiten sein sollen, ihre Höhe nicht in einem Missverhältnis zu wirklichen Kosten stehen. Man kann in diesem Falle eine Analogie mit den R e i s e p a s s g e b ü h r e n durchführen, die tatsächlich zur Deckung der Verwaltungskosten dienen sollen, was auch überall zutrifft, bei uns aber in eine ständige Einnahme, bezw. in eine ständige Steuer umgewandelt wurden, (die engeblich auf Grund des bereits mitgeteilten Sejmbeschlusses endlich fallen sollen. — Die Red.).

Eine wichtige Forderung ist also entweder eine v ö l l i g e A u f h e b u n g d e r M a n i p u l a t i o n s g e b ü h r e n oder deren Herabsetzung bis aufs Minimum.

Als ein versteckter Zoll kann auch die im Artikel 37 des Entwurfs vorgesehene A k z i d e n z g e b ü h r bezeichnet werden. Wie bekannt, muss die Partei einen Antrag auf Zollabfertigung in Form einer schriftlichen Zolldeklaration stellen. Der Inhalt dieser Zolldeklaration ist genau bestimmt und muss u. a. die Art und Qualität der Ware entsprechend dem Zolltarif oder der Handelsbezeichnungen unter genauer Angabe der Zollposition und des Zollsatzes enthalten, damit kein Zweifel darüber besteht, unter welche Position die betreffende Ware fällt. Ausserdem muss der Zolldeklaration eine Faktura, bezw. ein anderes Handelsdokument beigefügt werden.

Kann die Partei gemäss Artikel 36 in den der schriftlichen Deklaration beigefügten Dokumenten die Angaben betr. die Umschreibung der Ware in zolltariflicher Hinsicht nicht machen, so wird die Deklaration als unvollständig angesehen, und die Partei muss eine Akzidenzgebühr entrichten, die gegenwärtig 10 Proz. des Zolles beträgt. Diese Akzidenz sieht auch der Entwurf vor, deren Höhe durch das Finanzministerium erst bestimmt werden soll.

Dr. L. Lampel.

Neue Wege der Staatswirtschaft

Am 6 d. Mts. fand im polnischen Zentralverband in Katowice ein Diskussionsabend über das Thema: „Die Verstaatlichung des Wirtschaftslebens in Polen“ statt. Im Eingang stand ein ausführliches und gründliches Referat von Dr. Rudolf Quest.

Wir möchten nicht in die Ausführungen des Referenten selbst eingehen, da wir dieses Thema ausführlich behandelt haben u. a. in Nr. 82/84 vom 15. Dezember 1928 in einem Artikel: „Staatswirtschaft in Polen“ und Nr. 1/2 vom 5. Januar cr. in einem Artikel: „Der Kampf gegen die Staatswirtschaft“. Wir wollen lieber in die Diskussion über das obige Thema eingehen und unsere Stellungnahme dazu äussern.

Im allgemeinen muss betont werden, dass jede der zwei Parteien, d. h. sowohl die Regierung, wie auch die Wirtschaftskreise, ihren Standpunkt klar präzisiert haben. Ueberhaupt wäre dieses Thema nicht so aktuell, wenn letztens die Regierungskreise nicht die Verstaatlichung der Wirtschaft direkt als Programm aufgestellt hätten. Anregung zur Diskussion gaben eigentlich halbamtliche Veröffentlichungen der Regierung wie z. B. das Sammelwerk: „Die Wirtschaftsfragen Polens“ oder das Buch: „An der Wirtschaftsfront“ und andere. In diesen Werken huldigen prominente Persönlichkeiten aus der Regierung dem obigen Programm. Diese Stellungnahme der Regierungskreise veranlasste die Wirtschaftskreise zur Verteidigung, deren bester Ausdruck das von uns besprochene Werk von Professor Krzyżanowski, „Die passive Handelsbilanz“ bildet. Während also die Regierung auf dem Standpunkt der weitgehenden Ingerenz des Staates in die Privatwirtschaft steht, weisen die Wirtschafskreise nach, dass dieser Standpunkt in keinem der Staaten Europas geteilt wird und zu einer Katastrophe führen muss. Wir möchten bei dieser Gelegenheit betonen, dass dieses Thema von uns schon längst berührt wurde und zwar, als man die Monopole eingeführt und ausgedehnt hatte. Wir wiesen schon damals auf die Gefahren derartiger Massnahmen hin. Unsere Warnungen jedoch blieben ohne Anklang, da damals verhältnismässig nur ein kleiner Wirtschaftskreis davon betroffen wurde. Allmählich jedoch dehnte die Regierung ihre Ingerenz auf das Wirtschaftsleben immer mehr aus, und erst damals erwachten die weiteren Wirtschaftskreise, indem durch die Verstaatlichung ihrer Zweige auch sie betroffen wurden. Jetzt, als die Regierung direkt programmatisch zur Verstaatlichung der Wirtschaft schritt, entspann sich eine rege Diskussion darüber. Jede Partei verharrte jedoch starr auf ihrem Standpunkt, und es kam zu keiner Verständigung.

In der Diskussion meinte der Abgeordnete Janicki, dass die Staatswirtschaft noch nicht so übermässig sei und ihre Eingriffe nicht hemmend wirkten.

Wir können jedoch die Ansicht Janickis durchaus nicht teilen, da wir Beweise dafür haben, dass der Staat keine Gelegenheit ausser acht lässt, die Staatswirtschaft auszudehnen, neue Fabriken zu bauen, Unternehmungen aufzukaufen und in Konkurrenz mit der Privatwirtschaft zu treten. Wir sehen sogar neue Wege der Staatswirtschaft. Letztens erfuhren wir aus der Tagespresse, dass die Regierung beabsichigen soll, in Białystok eine Tuchfabrik anzukaufen, bezw. zu bauen, die Stoffe für Militärzwecke erzeugen soll, um die Armee von der Privatindustrie unabhängig zu machen. Weiterhin soll im Ministerium des Innern der Gedanke erwogen werden, dass die Regierung im Sommer zu niedrigen Preisen Butter- und Eierreserven einkaufen und magazinieren soll, um in der Zeit der erhöhten Preise die obigen Artikel auf den Markt vermittels Kommunalverbänden, und Genossenschaften zu bringen. Wir sehen also, wie weit der Gedanke eingedrungen ist. Die obigen Nachrichten jedoch, sofern sie auf Wahrheit beruhen, zeigen aber etwas Neues. Während bisher hauptsächlich der Handel durch dieses Programm getroffen wurde, wendet jetzt die Regierung ihre Schritte auch gegen die Industrie und die Landwirtschaft. Wo besteht die Sicherheit, dass dieses System nicht weiter ausgedehnt wird, und die Regierung nach Versorgung des Militärs mit eigenen Stoffen nachher nicht Fabriken bauen oder erwerben wird zwecks Versorgung von sämtlichen Staatsbeamten, wie Eisenbahnern, Arbeitern usw.? Wenn wir die Armee der Staats- und Kommunalbeamten in Betracht ziehen, und deren Bedarf durch staatliche Unternehmungen gedeckt wird, so werden wir leicht verstehen, was für eine Gefahr auch der Industrie droht. Der Umstand, dass solche staatlichen Unternehmungen schlecht bewirtschaftet werden und Defizite aufweisen, kann die Industrie nicht trösten, da doch Mittel zur Deckung dieser Defizite durch weitere Steuerschrauben gefunden werden. Aber nicht nur die Industrie, sondern, wie bereits gesagt, auch die Landwirtschaft scheint aufs Korn genommen zu werden. Sofern die obige Nachricht über die Einkäufe durch die Regierung von Reserven an Butter und Eiern, auf Wahrheit beruht, wird nun die Landwirtschaft, also auch der Kleinbauer getroffen werden, unabhängig davon, dass doch diese Massnahmen auch die Kaufleute betreffen. Die obigen zwei Beispiele beweisen also, dass die Behauptung des Abgeordneten Janicki nicht zutreffend ist, denn erstens ist die Verstaatlichung der Wirtschaft schon zu übermässig, zweitens glaubt die Regierung überhaupt nicht, ihre weiteren Schritte in dieser Hinsicht einzustellen im Gegenteil, sie baut neue Unternehmungen und bildet eine immer grössere Konkurrenz der Privatwirtschaft.

Da jetzt sämtliche Wirtschaftskreise davon betroffen werden und die Gegenpartei an die Einstellung ihrer Schritte nicht denkt, muss die Wirtschaft von sich selbst aus die Mittel prüfen, um ihre Position zu erhalten. Es wäre zu erwägen, ob eine allgemeine Konferenz der Wirtschatskreise nicht dringend erforderlich wäre?

Dr. L. Lampel.

Verbandsnachrichten

Ernennung.

Herr Fritz Weichmann, Vorstandsmitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung für Polnisch-Schlesien, wurde zum Handelsrichter ernannt.

Verein selbständiger Kaufleute, e. V., Katowice.

L. L. Am 31. v. Mts. fand die Monatsversammlung des Vereins selbständiger Kaufleute, mit folgender Tagesordnung statt:

1. Besprechung des Handelskammergesetzes.
2. **Schmuggel und Tagespresse.**
3. Aussprache über den Hausierhandel.

Die Versammlung eröffnete der Vorsitzende, Herr Grünpeter, und erteilte das Wort Herrn Dr. Lampel zu Punkt 1. Dieser referierte über das in Westpolen eingeführte und durchgeführte Handelskammergesetz und wies darauf hin, dass überall schon die Wahlen zu den Handelskammern stattgefunden hätten, mit Ausnahme von Oberschlesien.

Hier musste die Verordnung auf Grund des Art. 8a des organischen Statuts der Wojewodschaft Schlesien dem Schlesischen Sejm zur Annahme vorgelegt werden, da diese Verordnung eine Aenderung des bestehenden preussischen Handelskammergesetzes enthält. Es erwies sich die Notwendigkeit, Aenderungen der Verordnung vorzunehmen. Die Rechtskommission, die sich mit den Aenderungen befasste, stiess jedoch auf eine Rechtsfrage, die von besonderer Wichtigkeit ist, nämlich, ob dem Schlesischen Sejm das Recht zusteht bei einem Gesetz, zu dessen Gültigkeit in Oberschlesien die Zustimmung des Schlesischen Sejms notwendig ist, Aenderungen einzuführen. Die Zentralbehörden stehen auf dem Standpunkt, dass der Schlesische Sejm eine solche Verordnung entweder en bloc annehmen oder ablehnen aber keine Aenderungen vornehmen kann. Da es in Bezug auf die obige Rechtsfrage zu keiner Verständigung kam, fühlte sich die Regierung veranlasst, vorläufig die Verordnung über das Handelskammergesetz zurückzuziehen und die Angelegenheit harrt der Klärung in der nächsten Zeit.

Ad 2 fand eine sehr rege Ausprache statt. Es wurde einstimmig festgestellt,, dass der Schmuggel in letzter Zeit ungeheuere Ausmasse angenommen hat. Es **gibt keinen Artikel, der nicht franco Haus auf eigenes Risiko zugestellt werden könnte.** Die Kattowitzer Kaufmannschaft fühlt sich besonders durch diesen Schmuggel betroffen. Die spezifische Lage des oberschlesischen Handels wird dadurch überaus erschwert, dass einerseits die Arbeiterschaft ihren Bedarf in Sosnowiec und Będzin, die kapitalkräftigere Kundschaft wiederum in hohem Masse in Deutsch-Oberschlesien deckt. **Besonders zum Schmuggel aufreizend wirken die Inserate aus Deutsch-Oberschlesien in der gesamten polnisch-oberschlesischen Tagespresse.** Man erwog verschiedene Mittel zur Abwehr dieses besonderen Uebels. Es wurde beschlossen, der Handelskammer die Angelegenheit zur gemeinsamen Besprechung mit der Kaufmannschaft zu übergeben und sich anderseits an die Presse mit der dringenden Bitte zu wenden, durch entsprechende Artikel auf das Publikum aufklärend einzuwirken.

Ad 3 referierte Dr. Lampel über die **Auswüchse des Hausierhandels,** welcher neben den massenweisen Einkäufen in Sosnowiec und Będzin und dem Schmuggel von Waren aus Deutsch-Oberschlesien den dritten Schädling bildet. Zwecks Unterbindung des illegalen Hausierhandels fand in der Handelskammer eine Sitzung statt, an der die zuständigen Behörden teilnahmen, die versprachen, entsprechende Massnahmen zu treffen, Das einzige, radikale Mittel kann nur die Ausdehnung der neuen polnischen Gewerbeordnung auf Oberschlesien sein, da diese die Berechtigung zur Ausstellung von Hausiergewerbescheinen der Administrationsbehörde übergibt, welche hierbei völlig freie Hand hat. Auch steht nach dem neuen Gesetz besonderen Gemeinden das Recht zu, die Anzahl der zugelassenen Hausierer zu beschränken.

Zum Schluss wurden die vom Magistrat im Einverständnis mit der Polizeidirektion festgesetzten freien Sonntage und verlängerten Geschäftsstunden an Wochentagen mitgeteilt, welche nachstehend veröffentlicht sind.

Verlängerte Geschäftszeit.

Unter Berücksichtigung des Antrages der Wirtschaftlichen Vereinigung für Polnisch-Schlesien hat die Polizeidirektion für die Stadt Katowice nachstehende Sonntage zur Offenhaltung der Geschäfte freigegeben:

24. März (Sonntag vor Ostern).

5. und 12. Mai (Sonntage vor Pfingsten).

1., 15. und 22. Dezember (Sonntage vor Weihnachten). —

Ferner dürfen an folgenden Wochentagen die Geschäfte bis 8 Uhr abends offen gehalten werden:

2., 16., 27. und 28. März, 30. April, 2., 17. und 18. Mai, 1. Juni, 1. u. 31. Oktober , 9., 16. und 30. November, 14., 20., 21., 23. und 31. Dezember.

Geldwesen und Börse

Warschauer Börsennotierungen.

Devisen New York 8,90. Kabeltransaktionen New York von Banken untereinander durchgeführt 891,95 für 100 Dollar. Europäische Devisen etwas stärker: Belgien, London und Paris schwächer, Prag und Mailand. Von Banken wurde gezahlt für Devise Berlin 211,80 für Devise Danzig 172,90. Am Privatmarkte notierte der Dollar mit 8,88½, der Goldrubel mit 4,62, Czerwoniec 1,90 Dollar.

Am Aktienmarkt uneinheitliche Tendenz. Eine Erhöhung erfuhren Bank Polski von 190 auf 191. Von Industriewerten Siła i Światło von 134 auf 140. Modrzejów von 30,75 auf 31,50. Von Staatspapieren stiegen unbedeutend die 4-proz. Investitionsprämienanleihe von 110,75 auf 111 und die 5-proz. Dollarprämienanleihe von 103 auf 103,50. Für Pfandbriefe festere Tendenz. Auf der Nachbörse notierten: Bank Polski 191, Starachowice 37,50, Modrzejów 31,50, Lilpopy 37, Rudzki 41, Kohle 95,50, Zucker 40.

1. Devisen: Belgien 123,94 — 124,25 — 123 63, London 43 24 — 43,35 — 43,13, New York 8,90 — 8,92 — 8 88, Paris 34,84 — 34,93 — 34,76, Prag 26,38 — 26,44 — 26,32, Schweiz 171,52 — 171,95 — 171,09, Italien 46,67 — 46,79 — 46,54, Wien 125, 27 — 125,58 — 124 96.

2. Wertpapiere: 6-proz. Dollaranleihe 1920 — 85, 10-proz. Eisenbahnanleihe 102,50, 5-proz. Konversionsanleihe 67, 4½-proz. Bodenpfandbriefe 49,75 — 50 — — 46,54, Wien 125,27 — 125,58 — 124,96.
8-proz. Lodzer Pfandbriefe 64,50.

3. Aktien: Bank Polski 192 — 190 — 191, Bank Zw. Sp. Zar. 85, Warsz. Tow. Kop. Węgl. 95 50, Modrzejów 31,50, Rudzki 44, Haberbusch 223, Siła i Światło 138 — 140, Spiess 250, Firley 53.

Bilanz der Bank Polski.

Die Bilanz der Bank Polski für die 3. Januardekade zeigt einen Vorrat an Gold in Höhe von 621.2 Mill. zł. Geld. Die deckungs- und nichtdeckungsfähigen Verpflichtungen stiegen um 30.6 Millionen zł. auf 685.1 Mill. zł. Pfandanleihen erhöhten sich um 1,1 Mill. zł. (84.9) Mill. zł.) Sofort fällige Verpflichtungen (553.7 Mill. zł.) und der Umlauf an Banknoten (122.1 Mill. zł.) erhöhten sich insgesamt um 90.3 Mill. zł. bis zur Gesamtsumme von 1.775 9 Mill. zł. Das Wechselportefeuille erhöhte sich um 1,4 Mill. zł. auf 638 Mill. zł. Andere Positionen unverändert.

Bericht der Bank Gospodarstwa Krajowego für den Monat Dezember.

In der letzten Sitzung des Rats der Bank Gospodarstwa Krajowego, die unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Górecki stattfand, wurde die Jahresbilanz für das Jahr 1928 behandelt und der Bericht für Monat Dezember v. Js, angenommen.

Die Bank schloss die Dezemberbilanz mit einem Betrage von 1 759 Mill. zł. (November 1 688 Mil. zł.) ab. Diese Steigerung auf der Passivseite ist in erster Linie auf die Erhöhung des Anlagekapitals von 120 Mill. zł. auf 150 Mill. zł.,, sowie den erhöhten Umlauf an Pfandbriefen und Kommunalobligationen zurückzuführen. Auf der Aktivseite erhöhte sich die Position Kassa und Dispositionssummen um 16.3 Mill. auf 52.2 Mill. zł. Ausserdem ist das Portefeuille der Wertpapiere um 12,3 Mill. auf 119,4 Mill. und die Teilnahme der Bank an Kommunalunternehmen um 14,2 Mill. auf 51,9 Mill. gestiegen. Die staatlichen Guthaben betrugen ultimo Dezember insgesamt 730.7 Mill. zł. Die kurzfristigen Kredite stellten sich auf 302,8 Mill. (darunter das Wechselportefeuille in Höhe von 178.3 Mill.) und die langfristigen Kredite auf 480.8 Mill. (darunter 274,7 Mill. Baukredite).

Wechselproteste im Dezember 1928.

Wie das Postministerium feststellt, wurden durch die Postämter im ganzen Gebiet der Republik im Dezember v. Js. 44.618 Wechsel, die einen Betrag von 7.092.892 zł ausmachen, protestiert. Im Vergleich zum Vormonat sind es um 6.455 Wechsel mehr, die eine Summe von 989.000 zł. repräsentieren. Die erste Stelle nimmt Warszawa mit 98.790 zł. und die zweite Łódź mit 44.344 zł. ein. Hierauf folgen Lwów mit 37.485 zł., Poznań 35.873 zł., Kraków 27.807 zł., Wilno 26.029 zł., Katowice 24.269 zł., Lublin 18.671 zł., Bydgoszcz 23.849 zł., Król. Huta 14.536 zł.

Einfuhr/Ausfuhr/Verkehr

Export von Eisen und Stahl. Belebung in der Hüttenindustrie.

Eine der Hauptaufgaben des polnischen Eisen-Hüttensyndikats ist die Regelung des gesamten Exports, Es wird die Schaffung einer speziellen Abteilung, die den gesamten Export erfassen soll, geplant.

Der Beschäftigungsstand in den Hütten war im Januar bedeutend besser, als im Dezember. Die privaten Aufträge erreichten zusammen mit denen der Regierung die Ziffer von 60 000 to. Es ist anzunehmen, dass die Aufträge im Monat Februar mit Rücksicht auf die bevorstehende Bausaison sich erhöhen werden.

Handel Polens mit Russland und Lettland.

Im Dezember 1928 wurden aus Russland nach Polen 2 114 Eisenbahnwagen Ware, in der Hauptsache Rohstoffe (1 804 Wagen Eisenerze) eingeführt, ausgeführt wurden aus Polen nach Russland 324 Eisenbahnwagen, darunter 148 Wagen mit Zink.

In der gleichen Zeit wurden aus Lettland nach Polen 74 Wagen Waren eingeführt und aus Polen nach Lettland 195 Wagen ausgeführt.

Lodzer Industrie soll Baumwolle durch Gdynia und Danzig einführen.

Die Lodzer Textilindustrie, die eine ganz bedeutende Menge an Baumwolle verbraucht, führte diese bisher zu 90 proc. aus Amerika und teilweise aus Indien und Aegypten ein. Die Baumwolltransporte gingen bisher auf dem alten Wege durch Bremen und Danzig, sowie durch Triest.

Mit Rücksicht darauf, dass die Vermittlung den deutschen Transport- und Eisenbahnfirmen sehr hohe Gewinne bringt, hat der Minister für Industrie- u. Han-

del. Kwiatkowski, im Einvernehmen mit den Lodzer Industriellen und dem Hafenrat in Danzig eine Kommission ins Leben gerufen, die die Angelegenheit des Imports von Baumwolle nach Polen durch Danzig und Gdynia untersuchen soll.

Fehlen von Kohlenwaggons in Oberschlesien.

In der letzten Zeit macht sich im oberschlesischen Bergbau der Waggonmangel weiterhin bemerkbar. Die Waggonstellung war niemals ausreichend gewesen. Letzthin ist infolge der Fröste dieser Mangel bis zu 35 Proz. des normalen Bedarfs gestiegen. Infolgedessen vergrössern sich die Haldenvorräte, und eine terminmässige Lieferung ist in den meisten Fällen unmöglich.

Polnisch-rumänische Eisenbahnkonferenz.

Im Verkehrsministerium begann am 31. Januar die polnisch-rumänische Eisenbahnkonferenz, an der die Vertreter der Eisenbahn beider Länder und ein Vertreter der rumänischen Flotte teilnehmen, die sich mit der Schaffung eines direkten Tarifs zwischen Polen und der Levante befasst. Die Festsetzung dieses Tarifs wird für Polen von grosser Bedeutung sein, da auf diese Weise Polen durch Konstanza eine Verbindung mit dem Meere erlangen wird. Auf rumänischen Schiffen kann dann die polnische Ware nach allen Häfen Griechenlands und Kleinasiens befördert werden.

Der Aufstieg des Hafens von Gdingen 1928.

Von Dr. Hermann Steinert.

Der Seeverkehr von Gdingen zeigt 1928 den erwarteten Fortschritt. Er hat sich gegen das Vorjahr mehr als verdoppelt. Die Verkehrsentwicklulng von Gdingen gestaltet sich wie folgt:

Eingangsverkehr von Gdingen:

	Schiffe	Tonns
1926	298	204.767
1927	530	422.939
1928	1106	983.257

Der Verkehr von Gdingen macht 1928 ungefähr ein Viertel des Verkehrs von Danzig aus, ist aber bereits grösser als der Danziger Seeverkehr in der letzten Vorkriegszeit. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Durchschnittsgrösse der in Gdingen eingelaufenen Schiffe über 900 Tons ausmacht. Der Verkehr von Gdingen war im letzten Jahre bereits um 30 Proz. grösser als der von Königsberg. Auch der Güterumschlag in Gdingen zeigt entsprechende Fortschritte. Die gesamte Einfuhr nach Gdingen ist von 6.700 t in 1927 auf 190.000 t in 1928 gestiegen. Während Gdingen vorher fast nur Kohlenausfuhrhafen war, zeigt es jetzt also auch eine lebhafte Einfuhr, die sich hauptsächlich aus Thomasmehl Reis, Schrott, Salpeter und Steinen zusammensetzt. Aber auch Heringe, Weine und Baumwolle wurden im letzten Jahre schon eingeführt. Die ausgeführte Warenmenge erreichte 1.767.000 t gegenüber 889.000 t im Vorjahre. Der Hauptteil entfällt auf Kohlen, während an übrigen Gütern nur etwa 6.000 t ausgeführt wurden, darunter kleine Holzmengen, Zement, Salz usw. Besonders stark entwickelt hat sich der **Auswandererverkehr über Gdingen**, der in der letzten Zeit schon doppelt so gross war als in Danzig. Er richtet sich hauptsächlich nach Frankreich und neuerdings nach Südamerika. Während der ausgehende Passagierverkehr Gdingens im Jahre 1927 nur 8.000 Personen umfasste. erreichte er 1928 bereits 19.000 Personen. Im Hafen von Gdingen war die schwedische Flagge an erster Stelle vertreten, da die Kohlenausfuhr nach Schweden eine Hauptrolle spielt. An zweiter Stelle steht im Eingang die deutsche Flagge mit 187 Schiffen, dann folgt die polnische mit 108 und dann die lettländische mit 104 Schiffen. Der Haupterfolg des vergangenen Jahres ist die Einrichtung regelmässiger Dampferlinien; solche bestehen zur Zeit nach Südamerika, Frankreich und Kopenhagen und demnächst wird die regelmässige Verbindung nach England und nach Schweden eröffnet. Gerade diese regelmässigen Linien zeigen, wie heute der Wettbewerb gegen Danzig rücksichtlichtslos im Gange ist.

Weitere Konkurrenzmassnahmen für Gdingen gegen Danzig.

Von Dr. Hermann Steinert.

Die polnische Regierung arbeitet in den letzten Monaten ununterbrochen daran, die einzelnen Verkehrsbeziehungen des polnischen Aussenhandels, die bisher über Danzig führten, nach Gdingen zu verlegen. Neuerdings hat sie ihr Augenmerk auf den in jüngster Zeit wichtigsten Zweig der Danziger Wareneinfuhr gerichtet, nämlich auf die Schrotteinfuhr. Im Jahre 1928 beträgt die Schrotteinfuhr über Danzig durchschnittlich etwa 40.000 t monatlich oder rund ein Drittel der gesamten Danziger Einfuhr. Das polnische Industrie- und Handelsministerium hat nun mit der Schrotteinkaufszentrale der polnischen Hütten mit Erfolg darüber verhandelt, die Schrotteinfuhr von Danzig nach Gdingen zu verlegen. Nachdem die ersten Probesendungen im November und Dezember über Gdingen gekommen sind, wurde kürzlich von der Schrottzentrale mit der polnischen Staatsschiffahrt ein Vertrag über die Einfuhr von 46.000 t Schrott über Gdingen abgeschlossen. Notgedrungen muss damit die Einfuhr über Danzig schon erheblich zurückgehen. Weitere Massnahmen richten sich gegen die Tabakeinfuhr über Danzig. Hier ist die Ableitung nach Gdingen sehr einfach, da die Tabakeinfuhr ja durch das staatliche Monopol erfolgt. Dieses hat denn auch schon im Januar die ersten 750 t Tabak über Gdingen eingeführt und wird im Februar weitere 1000 t über Gdingen befördern. Weiter wird daran gearbeitet, die Zuckerausfuhr von Danzig wegzuziehen, wofür sich Speicher in Gdingen bereits im Bau befinden. Die Erfolge der Bemühungen um die Ableitung des Auswandererverkehrs von Danzig nach Gdingen treten bereits in den letzten Monaten deutlich zutage. In den letzten drei Monaten von 1928 sind über Danzig nur noch 5100 Personen abgefahren, über Gdingen aber schon 7.500 Personen. Der Gdingener Auswandererverkehr ist jetzt bereits grösser als der von Danzig.

Internationales Holzadressbuch aller Länder.

Soeben escheint zum überhaupt ersten Male ein international-reichhaltiges Holzadresswerk, das alle wesentlichen Staaten des internationalen Holzverkehrs umfasst — über 29,000 Holzadressen aus folgenden Ländern, übersichtlich in einem handlichen Bande geordnet Oesterreich (vertreten mit ca. 5.500 Firmen), Tschechoslovakei (3.300), Ungarn (1.000), Jugoslavien (1.100), Rumänien (2.300), Polen (3.500), Deutschland (6.700), Danzig (150), Frankreich (1.000), Belgien-Luxemburg (650), Holland (600), England (700), Schweiz-Liechtenstein (900), Italien (800), Spanien (450), Griechenland (250), Nordafrika (70). Bestellungen des Werkes (Preis in Ganzleinen gebunden österr. Schilling 30) zu richten an den Verlag: „Internationaler Holzmarkt“, Wien, I., Tegetthoffstrasse 7—9.

Vom Holzmarkt

Die Frage der **Neuregelung des polnischen Rundholzexportzolles** ist nach wie vor aktuell. Der Zollsatz für polnisches Exportrundholz beträgt 1.50 Złoty per 100 kg, das sind 6 Schilling per Festmeter. Infolge des mit Deutschland getroffenem Abkommens beträgt der Zollsatz für Exportnadelholz für die Ausfuhr nach Deutschland 0,40 Złoty und für Exportlaubholz 0.20 Złoty per 100 kg vertragsmässig. In polnischen Regierungskreisen besteht die Absicht, den autonomen Zollsatz für Exportholz auf 3 Złoty per 100 kg = 12 Schilling per Festmeter heraufzusetzen. Diese Massnahme wäre, solange das Provisorium mit Deutschland läuft, für den Export nach Deutschland lediglich theoretischer Natur. Dieser Zollsatz würde aber dann für den Export von Rohholz nach Deutschland eintreten, wenn das Holzprovisorium ablaufen würde. Darüber hinaus will Polen anscheinend eine andere Verhandlungsgrundlage für den Artikel Holz schaffen, weil ja der augenblicklich geltende autonome Zollsatz von 1,50 Złoty per 100 kg kein geeignetes Mittel für Polen darstellt, um den Rundholzexport aus Polen zu erschweren. Bei dem Gedanken der Erhöhung des Rundholzexportzolles sind Ausnahmen für weniger wertvolle Sortimente, welche beim Export nicht ins Gewicht fallen, vorgesehen. Besonders hoch will man den Zollsatz für die Ausfuhr von **Runderle zu Schälzwecken** heraufsetzen. Es verlautet, dass der Zollsatz etwa 6 Złoty per 100 kg betragen soll, um die polnischen Sperrholzplattenfabriken, die sich in guter Entwicklung befinden, zu stärken. Hauptabnehmer für polnische Runderle ist Deutschland, für welche die Neuregelung von Bedeutung wäre. Die Vereinbarungen, welche im November v. J. in Warszawa zwischen den Vertretern des Vereins ostdeutscher Holzhändler und Sägewerker mit den polnischen Holzkreisen getroffen wurden, sind leider in das Holzprovisorium nicht übernommen worden. In Warszawa hatten diese Kreise vereinbart, dass der Zollsatz für Runderle auf 1,10 Złoty per 100 kg herabgesetzt werden sollte mit der Gegenmassnahme, dass Deutschland sich verpflichtete, eine Menge polnischer Sperrplatten nach Deutschland hineinzulassen. In den amtlichen Verhandlungen ist eine solche Vereinbarung nicht zustande gekommen, weil die deutschen Interessentengruppen der Ansicht waren, dass diese Vereinbarung seitens angeblich am Holzhandel interessierter Kreise einseitig und für die deutsche Sperrplattenindustrie nicht tragbar sei. Ein Sperrplattenkontingent hat Deutschland nicht zugestanden und so muss der deutsche Bezieher für Runderle zunächst 1.50 Złoty per 100 kg und wahrscheinlich in naher Zukunft 6 Złoty bezahlen. Diese Wendung dürfte auf Quertreibereien verschiedener persönlich interessierter Kreise zurückzuführen sein welche die beiderseitigen Zoll- und Sperrplattenabmachungen als untragbar bezeichneten und jetzt mit einem höheren Zoll werden zufrieden sein müssen.

Die Situation auf dem **polnischen Rundholzmarkt** ist sehr lebhaft, doch bei weitem nicht derart, wie es in der gleichen Zeit des Vorjahres der Fall war, wo hohe und höchste Preise anstandslos gezahlt wurden. In den westpolnischen Oberförstereien sind gegenwärtig Sätze von 90 Złoty für hochwertiges Holz bekannt, was jedoch nicht zu den regulären Erscheinungen zählt, denn der Durchschnittspreis schwankt zwischen 60 und 70 Złoty, vielfach auch darüber, je nach der Qualität des zum Verkauf gelangenden Holzes. Gutes Holz wird auch zu guten Preisen aus dem Markt genommen. Für schwache Sortimente ist die Kauflust nicht so gross. Nichtsdestoweniger mutet es sonderbar an, wenn z. B. in der Bromberger Gegend für Baukiefer bis zu 60 Złoty, im Durchschnitt 45 bis 50 Złoty angelegt wird. Wir können diese Preisgestaltung nicht anders verstehen, als dass eine gegenseitige Ueberbietung durch die Holzhändler stattfindet. Diese Blüten haben zu mannigfachen Klagen Anlass gegeben. Wir beobachten die Tatsache, dass in Polen das holzseitige Angebot stark gedrosselt wird und Staatsforstverwaltungen danach streben, mit allen Mitteln hohe Preise zu erzielen. So kommen Nichtbestätigungen von Preisangeboen zahlreich vor und dasselbe Objekt wird oft zwei bis dreimal angeboten, wenn die Staatsforstdirektionen in mündlichen Verhandlungen, welche den Zweck haben, dass der interessierte Käufer seinen Angebotspreis erhöht, nicht zu ihrem Ziel gelangen. Diese Situation zwingt die Sägewerker zur Abwehrstellung. Der Sägewerker weist ausdrücklich darauf hin, dass das verspätete Eintreffen der Zustimmung zu den Angeboten grosse Gefahren mit sich bringt, die u. a. darin bestehen, dass für das lange lagernde Holz die Bläuegefahr droht. Verschiedene westpolnische Verbände haben sich mit entsprechenden Anträgen und Vorschlägen an die zuständigen Behörden gewandt.

Die kommende polnische **Frachttarifreform**, welche seit langer Zeit die Gemüter in Aufregung versetzt, scheint sich zu verzögern, da die poln. Regierung zu der Ueberzeugung gelangt zu sein scheint, dass der gegenwärtige Zeitpunkt einem solchen Unternehmen nicht günstig ist. Bekanntlich sieht das neue Tarifprojekt eine etwa 33-proz. Heraufsetzung der Frachtsätze vor, gegen welche der Holzhandel Stellung genommen hat. Der Zentralverband der polnischen Holzwirtschaft hat verschiedene Korrekturen an dem Projekt vorgenommen und vielfach bedeutende Frachtherabsetzungen verlangt. Hier steht zu erwarten, dass Rohholz, besonders im Innenverkehr, eine Senkung erfährt, doch steht die Entscheidung des Verkehrsministeriums hierüber noch aus. Darüber hinaus verlangen polnische Holzkreise die Schaffung eines autonomen Frachttarifes nach den Seehäfen, um die Möglichkeit zu haben, Holz nach Uebersee zu versenden. Bekanntlich ist der polnische Holzexport nach England von rund 800.000 loads im Jahre 1927 auf 270.000 loads im Jahre 1928 gesunken, und erreicht somit den Stand des Jahres 1925. Die Senkung beträgt im Jahre 1928 rund 75 Proz. gegenüber dem Stande des Jahres 1927, was zu verschiedenen Klagen und Kommentaren Anlass gegeben hat.

Hart betroffen ist dadurch der **Danziger Holzhandel**, der zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Der frühere Danziger Export betrug 1000 bis 3000 Standards pro Firma, heute 100 bis 300 Standards. Kiefer kommt für den Danziger Export überhaupt nicht in Frage, weil die Anpassung der polnischen Rohholzpreise in dieser Holzart an die deutschen die Ausfuhr nach England unmöglich macht. Es wird aus Danzig lediglich Weissholz exportiert, jedoch nur in ausgesuchten und vornehmlich starken Dimensionen. So ist es durchaus zu verstehen, dass der Danziger Holzhandel nicht daran interessiert ist, dass dem Verlangen Königsberg und Stettins auf tarifliche Gleichstellung in den polnischen Frachttarifsätzen mit denen bei der Ausfuhr über Danzig Rechnung getragen wird. Sollte dieses der Fall werden, dann würde auch noch der vorhandene kümmerliche Rest von Danziger Holzexport zusammen schrumpfen.

Die **Zurückzahlung des erhöhten Ausfuhrzolles**, welcher in der Zeit vom Ablauf des alten Holzprovisoriums und dem Inkrafttreten des neuen Provisoriums gezahlt worden ist, wird von den deutschen Holzhändlern verlangt, doch ist es fraglich, ob der polnische Zollfiskus diesem Verlangen stattgeben wird, da die Frage mitspielt, ob auch der deutsche Zollfiskus etwa erhobene Prohibitionszölle zurückzahlen und die Verluste ersetzen will, welche durch die Wiederinkraftsetzung von Einfuhrverboten in der provisoriumslosen Zeit entstanden sind.

Als bedrohlich wird polnischerseits die grosse **Papierholzausfuhr** bezeichnet und man denkt auch hier daran, einen Ausfuhrzoll festzusetzen. Namhafte polnische Forstwirtschafter haben nachgewiesen, dass bei einem Anhalten der polnischen Papierholzausfuhr in der jetzigen Höhe, die vornehmlich nach Deutschland erfolgt, der polnische Eigenbedarf in etwa zehn Jahren gefährdet ist. Einer Einführung eines höheren Papierholzausfuhrzolles widersetzt sich selbstverständlich der Waldbesitz in Polen, der seinen gegnerischen Standpunkt damit begründet, dass der ganze Abfall im Walde im Innlande nicht verarbeitet werden kann und dringt auf eine Beibehaltung des jetzigen Systems.

Auf dem **Posener Markt** wurden folgende Preise gezahlt: Für Stammware von 42 mm Durchmesser aufwärts I. und II. Klasse 170 bis 175 Złoty, Hobelware 150 bis 155 Złoty, für Schalbretter 85 Złoty, für Zopfware 115 bis 125 Złoty, für Kantholz, je nach Stärke 100 bis 120 Złoty. Auf dem **Pomereller Markt** wurde Kantholz mit 100 Złoty, Balken mit 120 bis 150 Złoty, bezahlt. Schwammholz wird in einer Stärke von 30 mm gesucht und dafür bis zu 140 Złoty gezahlt, während geringere Stärken mit durchschnittlich 100 Złoty notieren. Ebenfalls gesucht werden Kistenbretter und zwar billige Ware in Stärke von 13 mm. Andere Stärken werden genügend angeboten. Gesucht und wenig angeboten wird Eichenschnittholz, guter Qualität. Auch gute Qualitäten in Birke und Erle zu Schälzwecken werden gesucht. Auf dem **kongresspolnischen Markt** wird ebenfalls Eiche gesucht, aber wenig angeboten. Für Eichenfriesen werden 32 bis 49 Dollar geboten, je nach der Qualität. In Kiefernrundholz liegen wenig Angebote und Nachfragen vor. Die Staatsbahndirektionen zahlen in diesem Jahre für Kiefernmaterial um 20 Proz. geringere Preise, als im Vorjahre. Auch das Schwellengeschäft ist schlecht, da die Staatsbahndirektionen eingedeckt sind. Nachfrage aus Frankreich und aus Belgien liegen für Telegraphenstangen vor. Sie notieren mit 16 bis 24 sh, je nach Stärke und Qualität. Für Kiefernlangholz wird 25 bis 28 sh. für Papierholz 3 bis 3.20 Dollar, für Grubenholz 3 bis 3,30 Dollar gezahlt.

B. G-r.

Inld. Märkte u. Industrien

Wachsender Koksmangel.

Der Mangel an Koks macht sich weiterhin empfindlich bemerkbar. Die Kokereien können nur mit Mühe den Bedarf der Schwerindustrie, der Zuckerfabriken usw. decken, so dass für die Zwecke der restlichen Konsumtion nur ein ganz geringer Teil übrig bleibt. Das Gros der oberschlesischen Koksproduktion wird am Ort verbraucht. Die Kokspreise halten sich seit Oktober v. Js. auf derselben Höhe. Die Lage wird ausserdem durch die anhaltenden Fröste verschlechtert, wodurch die Transporte verspätet einreffen.

Die ersten polnischen Schreibmaschinen.

Die Maschinenfabrik „Iskra“ in Bydgoszcz brachte auf den Markt die erste Serie von den durch sie hergestellten Maschinen in einer Anzahl von 50 Stück. Die Maschinen sind von einer mittleren Type, zeichnen sich durch ihre einfache und solide Konstruktion aus und sind mit Ausnahme der Tasten ausschliesslich aus inländischem Material hergestellt.

Die Preise sind um etwa 50 Proz. niedriger, als die für ausländische Maschinen der gleichen Grösse.

Vom Arbeitsmarkt.

Entsprechend den Angaben des Arbeitsministeriums betrug die Zahl dee Arbeitslosen in der Zeit vom 19. bis zum 26. Januar 161 189 Personen, d. s. 7 553 Personen mehr, als in der Vorwoche. In der gleichen Zeit des Jahres war die Zahl der Arbeitslosen um 25 000

höher. Der Stand der Arbeitslosigkeit stellt sich in den einzelnen Berufen wie folgt dar:

Im Bergbau ging die Zahl der Arbeitslosen um 1.143 Personen zurück, erhöhte sich aber in der Metallindustrie um 336, in der Textilindustrie um 894 und im Baugewerbe um 1 485 Personen.

Gesetze Rechtssprechung

Registrierung konzessionierter Unternehmen.

In einer oberschlesischen Tageszeitung waren kürzlich zwei Notizen über die Registrierung konzessionierter Unternehmungen veröffentlicht worden. Hierzu bemerken wir folgendes:

Die Registrierung konzessionierter Unternehmen kommt nur für das ehemals russische Gebiet in Frage. Das Finanzministerium hat diese Registrierung durch Rundschreiben vom 12. November 1928 L. D. V. 96456/28 angeordnet und diejenigen Unternehmen dazu verpflichtet, die auf dem Gebiete des ehemaligen Russisch-Polen gelegen sind und nach dem gegenwärtigen Gewerberecht (Dz. U. R. P. Nr. 53 vom Jahre 1927) nur auf Grund einer Konzession geführt werden können, wobei auch solche Unternehmungen der Registrierung unterliegen, die nach dem alten Recht ohne Konzession geführt werden konnten, wie auch die, deren Tätigkeit konzessioniert war.

Da das neue Gewerberecht in Oberschlesien noch nicht in Kraft ist, hat auch die betr. Registrierungsordnung des Ministeriums für Oberschlesien keine Geltungskraft.

Weltwirtschaft

Synthetisches Leder.

Der Präsident der italienischen Societa Viscosa plant die Gründung einer amerikanisch-kanadischen Gesellschaft mit einem Kapital von 15 Millionen Dollar, welche neue Patente auf dem Gebiete der künstlichen Lederfabrikation ausbeuten und verbessern soll. Die Gesellschaft will Tochterunternehmungen in Amerika, Frankreich, Belgien und Italien errichten, und mit der Fabrikation Mitte dieses Jahres beginnen.

Ein Newyorker Spezialmarkt für Kaffee- und Zuckeraktien.

Die Newyorker Kaffee- und Zuckerbörse beschloss, eine besondere Abteilung für den Handel in Wertpapieren solcher Unternehmungen einzurichten, welche Kaffee, Zucker und andere Kolonialwaren herstellen, bearbeiten und verbreiten.

N. Fr. Pr.)

MARKTBERICHT

der Firma **L. Rübenstein**, Getreidegrosshandlung, **Olmütz**.

Weizen: Aus dem Auf und Nieder der Getreidepreise an den amerikanischen Börsen kann man sich selbst bei der gewissenhaftesten Erwägung kein richtiges Bild über deren Zukunft machen. — Diesmal glauben wir, behaupten zu können, dass in absehbarer Zeit mit einer merklichen Befestigung der Weizenpreise zu rechnen sei. — Auf diese Annahme werden die Berichte über den Saatenstand in Amerika Wetter- und Verschiffungsnachrichten nicht ohne Einfluss sein. — Bei objektivem Vergleich der Lage mit den früheren Wochen ergeben sich Momente, welche eine spätere Befestigung der Weizenpreise möglich machen. — Vor allem möge darauf hingewiesen werden, dass Indien und der ferne Osten nach Verkonsumierung der angebotenen Weizenmengen aus Australien starker Käufer in Amerika wurde. — Aber auch Europa schreitet langsam zu Eindeckungen in Qualitätsweizen; es sind in erster Linie Italien, Schweden und Norwegen, — und wie man gerade in den letzten Tagen las, auch Deutschland, welche bedeutende Mengen amerikanischen Getreides auf Verschiffung aufnahmen. — England hat sich wohl in den letzten Tagen als Käufer amerikanischen Getreides sehr reserviert verhalten, — diese Situation war beim Vergleiche der Liverpooler- und Chicagoer Getreidenotierungen zu konstatieren. — Vielleicht ist etwas Wahres daran, dass die Getreideanlieferungen an die Regierungsstellen in Russland sehr schleppend vor sich gehen, — sodass die Versorgung Russlands aus eigenen Getreidebeständen fraglich wäre. — Sollten sich die Nachrichten über die ungünstigen Ablieferungen der Bauern in Russland bewahrheiten, so ist kein Zweifel daran, dass Russland Getreide importieren wird. — Dann gilt es freilich darüber nachzudenken, ob dieser mächtige Faktor nicht soviel amerikanisches Getreide wird aufkaufen müssen, dass dies auf den Märkten fühlbar wird. — Die amerikanischen Mühlen haben in den letzten Monaten gewältige Mengen an Mehl herausverkauft und sollen nunmehr Eindeckungen vornehmen. — Dieses Eingreifen macht sich auf den amerikanischen Effektivmärkten stark bemerkbar.

Roggen: Die amerikanischen Roggenpreise haben stark angezogen, und was das merkwürdigste ist, liegt die Ursache angeblich darin dass Europa grosse Roggenmengen in Amerika aufgekauft hat. — Dies ist die Folge, warum auch Deutschland seine Roggenpreise in der letzten Zeit stark erhöht hat. — Laut den zuletzt eingetroffenen Berichten ist Litauen starker Roggenkäufer, — jedoch interessiert sich auch der Hamburger-Markt für czechoslovakischen Roggen, welcher in grossen Mengen teils bereits auf der Elbe schwimmend, teils für die Frühjahrsmonate angekauft wird. — Es macht sich beim Roggengeschäft, auch in der Czechoslovakei, eine Befestigung nachdrücklichst bemerkbar, und speziell die späteren Termine sind stark gesucht.

Mais: Der internationale Maismarkt hat sich in der abgelaufenen Berichtswoche aussergewöhnlich befestigt. — Trotz der hohen Preise fanden in aller Welt grosse Maistransaktionen statt. — Man ist allgemein der Ansicht, dass man durch die Nachrichten, dass die Ernte in Südamerika infolge der Trockenheit sehr stark leidet, auf den Weltmärkten nervös geworden ist, und es werden Käufe getätigt, die angeblich noch grösser sind, als um die gleiche Zeit des Vorjahres. — Es ist schwer über die Preisentwicklung des Maises für die zukünftigen Monate zu sprechen. — Unwidersprochen bleibt die Tatsache, dass die Maispreise ein Niveau erreicht haben, welches die Friedensparität um das Vielfache übersteigt, und dass der Absatz mit der Höhe des Viehstandes, sowie mit der disponiblen Menge gleichwertiger Futtermittel zusammenhängt. — Bei den hohen Tagespreisen ist die Aussicht auf verhältnismässige Gewinne wahrlich klein.

Tanzpalast Trocadero.

Aus dem Programm des Februar.

Inez van Bree ist diesmal der grosse Trumpf. Hier tanzt eine Frau die sehr viel kann, mit allem Raffinement, die es versteht, Temperament, Freude Ausdruck im Tanz zu geben. Die Technik wird zu einer Selbstverständlichkeit. Die mimische Ausdruckskraft ist restlos der Wirkung dienstbar gemacht. Die Boston-Phantasie auf Spitzen war weich, fein und überaus schön. Spanisch-Tango mit Singsang, eigentlich mehr ein Selbstgespräch und dabei doch fein abgestimmt für alle, die Kastagnetten-Marcatos klingen spröde, aber doch nicht zu hart. Der Tanz selbst restlos gut. Das Souvenir von Drdla auf Spitze hat ganz starke Einstellung, etwas Grosses auch in der Gestaltung. Das Kostüm spricht in der Komposition ein wichtiges Wort mit. Wir freuen uns aufrichtig, eine Inez von Bree gesehen zu haben, und wir können gern glauben, dass die Lichtreklame der Grosstadt diesen Namen zu recht zeichnet.

Das **Duo Frizzo u. Icza** hat seine Originalität in Humor und Tanz. Excentric ist die Grundlage. Alles ist trickreich, sehr gute, solide Arbeit. Die Kleine hat tadellose Körnerschule, absolviert ihre Sachen sehr gut, voller Lebhaftigkeit und ist mit dem Partner technisch auf der Höhe, mit einem Wort: ein parkettfestes Paar, wohl mit eines der Besten seines Genres.

Inessa Ratona besitzt Aufmachung. Damit zwingt sie zunächst. Dann ist die Spitzentechnik einwandfrei, die Geste frei und ungezwungen. Polka und Orientalisch gefallen ausserordentlich, die Boston-Phantasie liegt besser, weil Melodie und Tanz einander näher liegen. Für heute erschöpft sich unsere Kritik mit diesen Worten. (Auf alle Fälle sollte die Tänzerin gegen auftretende Kolleginnen rücksichtsvoller sein).

Daltumanowna, ein liebes, geschmeidiges, jugendfrisches Mädel das — sehr enttäuscht nämlich nach der angenehmen Richtung. Unverkennbar ist die Schule, ein guter Grad von Technik. Der Mazur war rassig und bunt, wie sie eben zeichnet, der Bojarentanz ebenso gut und der Jockey-Typ hebt sich durch sehr gute angereihte Momente, sein Tempo, das Fesche weit über den Durchschnitt seiner Kollegen. Die junge Künstlerin dürfte für die Zukunft Aussichten haben.

Jerzy Wellin, Conférencier und Chansonier ist geblieben; sein Programmwechsel anerkennenswert. Aber ein Einheitskostüm ist nicht immer das Richtige.

S. Grodzinski und **A. Link** sind die Gesellschaftstänzer von ruhiger Eleganz und Unermüdlichkeit. (Sehr zur Freude der tanzlustigen Damenwelt).

Gold-Scheer zeichnen weiter für die Musik verantwortlich. In Rhythmus, Stimmung und Eifer ist alles beim Alten oder Guten geblieben. S h i m m y wechselt von seinem Jazz zu gern zum Banjo und J A r m a n d mischt sich mit seinem meisterhaft gespielten Saxophon nun auch des öfteren stimmungsbringend unter die Tanzenden des Parketts. Es herrscht Leben, und das ist die Hauptsache.

Im ganzen genommen ist das Februar-Programm überaus stark. Leider ist die Attraktion (Charlotte Klein — Alexander Triglaff) nicht eingetroffen. Wir haben dafür aber eine Inez van Bree und das Duo Frizzo and Ilcza. Und das verlohnt allein zu sehen.

Fred Scheer.
Zu seinem Gastspiel im Trocadero, Katowice.

Hervorgegangen aus der Wiener Schule von N e l l u s, Professor D o m b r o w s k i (dem Assistenten Rachmaninoffs), Professor K u r z haben wir in dem jungen Fred Scheer einen echten Jazz-Pianisten vor uns, dessen immense Technik Improvisationskunst ihn mit zu einem der Besten stempeln die wir auf diesem Gebiete haben. Unverkennbar rückt auch das Kompositionstalent des Künstlers in den Vordergrund des **modernen** Jazz. Die nächste Revue in „Morskie Oko" — Warszawa dürfte von den Kompositionen Scheers, die gefällig, klingend und eigenartig sind, beherrscht werden. Wir nennen als grossen Erfolg nur den Blues and Song „Märchen aus einer Winternacht", der unbedingt ein Schlager zu werden verspricht. Fred Scheers Künstlertum hat d a s T o n a l e des modernsten Jazz voll erfasst und bedeutet den Jazz von morgen. Was wir heute an dem jungen, reifenden Künstler Scheer mit Freude feststellen, wird sicherlich in kurzer Zeit das Gebot der Stunde für j e d e n Jazz-Pianisten von Ruf sein. Es dürfte dann ein besonderes Vergnügen sein, des vollendeten Pianisten Scheer bahnbrechendes Schaffen weiter zu würdigen. Für heute begnügen wir uns festzustellen, dass am Flügel des Trocadero ein werdender Künstler sitzt, der sein Ziel nach dem Können von heute unbedingt erreichen wird.

Aria.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt und Verlag: Dr. Alfred Gawlik, Katowice. — Verlag: „Hermes" Sp. z ogr. odp., Katowice. — Druck: Śl. Zakł. Graf. i Wyd. „Polonia" S. A. Katowice